

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Einzelnenpreis die Einzelheft, Millimeterzettel für Arbeiter, nebst 75 Pfm., Gehalts- und Ertragszettel 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Sielaffstr. 17. Fernruf 3366-67. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 48

Duisburg, den 27. November 1920

21. Jahrgang

Die soziale Frage

Das Ringen der Menschheit, der große Kampf zwischen der individualistischen und der sozialen Idee haben die Geschichte der Menschheit, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände nicht nur beeinflusst, sondern erzeugt. Aus diesem Grunde allein schon ist die Annahme der sozialistischen Idee, als ob alles Weltgeschehen nur auf materieller Basis beruhe und von da seinen Ausstoß erzielte, irrig.

Beeinflusst und getrieben werden Wirtschaft, Gesellschaft und Politik durch den Geist, durch die inneren Kräfte des Menschen.

Aus dem Kampf zwischen dem individualistischen und sozialen Geist erhebt die

soziale Frage.

Was versteht man nun unter sozialer Frage?

Geboren in einem Zeitalter, in dem der individualistische Geist sich ungeheuer vergrößert, in dem der Sinn der Gesellschaft umgebogen wird von großen sittlichen Motiven zu der extremen individualistisch-kapitalistischen Auffassung, die sich dann besonders schwer drückend auf die unteren Schichten legt.

Die soziale Frage in der Gesellschaft entsteht nun aus der empfundenen Ungerechtigkeit durch die unteren Schichten, aus der bewußt gewordenen Rechtlosigkeit, in der sie sich befinden, aus dem Glauben und der Sehnsucht nach einem besseren Gesellschaftszustand. Was auf den Sklaven des Altertums und auf dem Proletariat der antiken Großstädte Athen, Rom, Alexandria lastete, war die dumpfe Ahnung und das Gefühl, daß seit den Tagen der Götter ein zwiespältiges Dasein durch die Welt ging.

Für die Reichen, die Oberen, die Herrscher, die auf Götterabstammung ihren Stolz bauten, war auch in den spätesten Tagen der Antike wenigstens äußerlich das goldene Zeitalter, während für das Proletariat schon längst die eiserne Zeitperiode angebrochen war.

Die Klassengegensätze sind in früheren Zeiten schärfer ausgeprägt gewesen, als selbst in der Jetztzeit, ohne jedoch eine eigentliche soziale Frage zu zeitigen.

Die heidnischen Religionen hatten bewußt die schärfste Klasseneinteilung vorgenommen

und die verschiedenen Stände in Kasten eingeteilt. Unüberbrückbare Gegensätze bestanden zwischen den einzelnen Klassen, die unterste Schicht war vollständig durch Religionsgesetz von den übrigen abgeschlossen und konnte auch niemals, weder durch eine Großtat noch sonst etwas in eine höhere Klasse aufrücken. Eine Heirat zwischen den Ständen war z. B. in Ägypten oder Indien bei Todesstrafe verboten. Trotzdem nun ein Gegensatz zwischen den Kasten bestand, wie wir ihn überhaupt nicht kennen, konnte von einer sozialen Frage in unserem Sinne nicht geredet werden. Die heidnische Religion erzielte durch ihre Lehren das Aufbegehren der Masse und ließ sie ihre Rechtlosigkeit nicht zu Bewußtsein kommen, weil ihre abhängige Stellung gewissermaßen ein Göttergebot war. Und mitten in eine hochkapitalistische Zeit wurde nun die rechtlosen unteren Schichten hineingestellt und so traf sie doppelt die Schwere ihres Schicksals.

Zwischen den Pyramiden Ägyptens und den See- und Großstädten Sidon und Tyrus, zwischen den Steinmeeren Babylons und den palmumgebenen Persepolis in Persien zogen Finanz, Großhandel und in gewisser Weise auch Großindustrie ihre Hochspannungsnetze.

Das ist das Erschütternde der alten Kulturdenkmäler, der Felsenentempel Ägyptens, der riesigen römischen Wasserleitungen, der Paläste Sanheribs in Assyrien, daß Jahrtausende bewundernd vor ihnen stehen und jede Linie und jede Architektur an ihnen studiert wurde, daß man aber vergaß, daß jeder Stein Schweißtröpfchen und Blut niedergebrogener Sklaven als erschreckendes Bild trug. Die Zeit hat in Regen, Sturm und Sand die Zeichen der Sklaverei abgewaschen und auch die Schreie sind verstummt. Aber sie selbst, die Bildwerke, die aufragen, sind stumme Ankläger gegen Wirtschaftssystem und Herrschergewalt, die den Armen fesselten und ihn gebräut zu Grunde gehen ließen.

Trotz der großen Menge der Sklaven in der Blütezeit Griechenlands und Roms fehlte lange Zeit der Anstoß zu einer Bewegung, das Verhältnis zu lösen. Erst als die Sklaven sich ihrer Macht bewußt wurden, ihre Stellung als eine Ungerechtigkeit empfanden, und das Joch abzuschütteln trachteten, bildete sich auch damals

eine soziale Frage heraus, die z. B. in den Sklavenskämpfen des Spartakus einen kriegerischen Ausbruch fand.

Aber diese Bewegung wurde mit den grausamsten Mitteln niedergeschlagen und die Sklaverei legte ihre Fesseln noch härter um die Armen, als vorher.

Es wird stets die größte Erscheinung in der Geschichte bleiben, daß

die christliche Idee

durch ihre moralischen Mittel und ihre geistige Einwirkung diese extremen individualistischen Wirtschaftsgelände zerteilte, jedem Menschen die sittliche Gleichberechtigung gab und ihn als Persönlichkeit, als Abbild Gottes in den Mittelpunkt der wirtschaftlichen Geschehnisse stellte. Der Mensch, ausgestattet mit Geist und unssterblicher Seele, soll oberster Faktor im Wirtschaftsgetriebe sein. Nicht das Unpersönlich-Materielle soll über ihn herrschen, nicht Produktion, Werkzeug oder Maschine ist das Höchste. Jeder, auch der letzte Schaffende, muß fühlen, daß er über der höchstentwickelten Maschine steht, daß die Maschine um des Menschen, aber nicht der Mensch um der Maschine halber da sei.

Der Kampf um die sittliche Gleichberechtigung aller Menschen, das große Prinzip der gemeinsamen Arbeit im Mittelalter und in den Rünften ist das erhabene Beispiel für die Versittlichung der Wirtschaft durch die christliche Idee.

Das neunzehnte Jahrhundert, das die große Formel des kategorischen Imperativs Kants nach seinem eigenen Gutdünken auslegte, daß durch die Entwicklung von Philosophie und Maschine einseitig auf den Weg des Materialismus sich drängen ließ, begann mit Aufbietung aller Kräfte die Gleichberechtigung aller zu unterbinden und das Jagen „Herrschaft“ anzurufen.

Die soziale Frage wird jedesmal dann auf das Schärfste getrieben, wenn Klassen daran gehen, die Allgemeinheit unter ihre Herrschaft zu bringen.

Der extreme Kapitalismus hat das getan, die sozialistische Idee tut das gleiche.

Die sozialistische Idee will die Diktatur ihrer Klasse, und das ist im Prinzip das Gleiche, was auch der Kapitalismus will. Deshalb würde auch im sozialistischen Zukunftsstaat — trotz aller roten Phrasen — die soziale Frage infolge der Unterdrückung der anderen Stände eine furchtbare Höhe erreichen.

Die Kämpfe um Gleichberechtigung in Gesellschaft und Wirtschaft, die Anforderungen, die diese oder jene Klassen an die Gesamtheit stellen, sind solange gerechtfertigt, als sie nicht gegen das Gesamtwohl verstoßen.

Nicht immer ist das richtige Maß eingehalten und namentlich bei der gewaltigen Umwälzung durch die Revolution ist dieses Maß weit überschritten worden. Vielmehr muß betont werden, daß diese Bewegung Ausartungen zeigt, die als schädlich zu bezeichnen sind und daß mit ihr auch Gefahren tiefgreifender Art verbunden sind.

Die Lösung der sozialen Frage kann nicht auf revolutionärem Wege geschehen, sondern nur durch die Gemeinschaftsarbeit aller Stände.

Selbst wenn wir den großen Schritt der Gleichberechtigung der unteren Stände sehen, so ist damit eine Lösung der sozialen Frage noch nicht gegeben. Es fehlt die Gleichachtung des Arbeiterstandes noch — an der er übrigens selbst eifrig mitarbeiten muß —, es fehlt eine Anteilnahme an den Kulturgütern der Nation, es fehlt häufig ein menschenwürdiges Auskommen, es fehlt auch noch oft die wirklich gleichberechtigte tätige Mithilfe in Gesellschaft und Wirtschaft.

Das kann nun nicht dadurch erreicht werden, daß man in radikalen Phrasen auf die anderen Stände schimpft und alles kopflos stürzen möchte, wie es die Sozialisten tun wollen. Geistige intensive Anteilnahme, Mithilfe in die Probleme der Zeit und der Wirtschaft, das ist notwendig für die Arbeiterschaft.

Die Lösung der sozialen Frage hängt auch ab von der geistigen Kraft der Arbeiterschaft u. nicht von der Phrase.

Wir würden jedoch auf Sand bauen, wenn wir die geistige Kraft der Arbeiterschaft als allein ausschlaggebend betrachten zur Lösung der sozialen Frage.

Aus der Idee des Christentums, beruhend auf sittlicher Gleichberechtigung aller Menschen, auf der Gemeinschaftsarbeit aller Stände, kann in Wirklichkeit die soziale Frage allein zur Lösung gebracht werden.

Arbeiterfreiheit in Rußland

Die Sozialisten preisen bekanntlich Rußland als das Land der Freiheit. Dort sei endlich dem Proletariat das gegeben worden, wonach es jahrelang geschmacht habe, nämlich Freiheit. Wie diese Freiheit aber in Wirklichkeit aussieht, das beschreibt der dem kommunistischen Rußland sicher nicht ganz ungnädig gegenüberstehende Russe Galin in seiner Schrift „Sowjet-Rußland in Wirklichkeit“, aus der wir folgende bemerkenswerte Stelle unseren Kollegen mitteilen:

„Jede Arbeiterversammlung, welche nicht mit einer Vertrauenskundgebung für die Regierung endet, wird für gegenrevolutionär erklärt; ihre Einberufer werden verhaftet und meist nach Kriegsgesetz abgeurteilt. Wenn ein Machthaber während der Versammlung das Auskommen einer den Volkskommissaren ungnädigen Richtung wittert, so sprengt er die Versammlung mit Gewalt; oft treten dabei die Waffen in Aktion, und das Blut derer wird vergossen, welche die Diktatur verkörpern sollten. Das nennt man „Freiheit“ der Versammlungen.“

Nur kommunistische Zeitungen dürfen erscheinen, denn nach der Ansicht der kommunistischen Regierung muß jeder Arbeiter kommunist sein. Andersdenkende werden im Proletariatstaat nicht geduldet. So mußten die Zeitungen anderer sozialistischer Parteien, die schließlich doch auch berechtigt sind, sich für Vertreter der Arbeiterstimmen zu halten, schweigen, denn die Regierung erklärte sie als gegenrevolutionär. Damit war genug gesagt. Für sie gab es keine Stelle, wo sie Berufung hätten einlegen können. So wird dem Proletariat im Rätestaat seine Nahrung von oben zugeworfen, mag sie ihm nun munden oder nicht.

Es erübrigt sich, von der Freiheit des Wortes reden zu wollen; denn auch jede Wahlagitator beschränkt sich auf die Rede irgend eines Kommunisten, die von den Wählern zur Kenntnis genommen wird. Widersprechen darf man nicht, denn wer möchte wohl gleich aus der Versammlung heraus als „Gegenrevolutionär“ in die Kasmatten der Außerordentlichen Kommissionen gesteckt werden? Es ist leicht begreiflich, welchen Charakter die Sowjetwahlen selbst unter diesen Umständen annehmen und wie die kommunistische Mehrheit in den Sowjets zu bewerten ist. Die Wahlen sind nicht geheim und sehr selten proportional. Es werden Listen der Kommunisten und der Oppositionsparteien vorgelegt; häufig wagen es die Letzteren überhaupt nicht, eine Liste aufzustellen. Dann erfolgt die offene Abstimmung, und da in der Zeit des Terrors sich schwerlich so leicht eine Hand gegen die kommunistische Liste erheben wird, so wird diese glücklicherweise durchgebracht. Wenn die Arbeiter sehr kriegerisch gestimmt sind und den Kommunisten nicht wählen wollen, so wird die Versammlung gewöhnlich aufgelöst oder auseinandergejagt; dann wird eine neue angeordnet, in der die Besucher mit Recht oder Unrecht gesteckt werden und die kommunistische Liste erhält die erforderliche Mehrheit. Nur selten gelingt es den tapfersten und selbstmütigsten Arbeitern, den ihnen erwünschten Kandidaten durchzudrücken. In letzter Zeit zeigen die Arbeiter darin mehr Entschiedenheit; bei den letzten Wahlen erhielten die Menschewiki in einer Reihe von Städten, so in Moskau, Tula, Iwer und Charkow, eine bedeutende Stimmenzahl. In Homel erhielten sie sogar die absolute Majorität, weshalb der Komitet Sowjet durch ein besonderes Dekret aufgelöst wurde.

Die Frage der Arbeitsfreiheit wurde durch eine Resolution des neunten Kongresses am 4. April ds. Jz. über die Militarisierung der Arbeit liquidiert. Es wurde auch beschlossen, daß die Kontrollinspektoren in Zukunft aus Beamten zu bestehen hätten, welche von der Regierung und nicht von der lokalen Sowjets ernannt werden. Diesen Vorschlag unterstützte Nadel, indem er nachwies, daß Rußland die notwendigen Waren nicht aus dem Ausland bekommen könne und mithin vor dem Dilemma stünde: unterzugehen oder die Bevölkerung zu Zwangsarbeiten zu mobilisieren, um die wichtigsten Bedürfnisse zu befriedigen. Ausgehend von diesen Thesen wurde auch die Freiheit des Arbeiters zunichte gemacht. Aus einer Reihe von Dekreten über die Reglementierung der Arbeit seien zwei angeführt, um zu zeigen, bis zu welchen Einzelheiten und Spitzfindigkeiten die Sowjet-Regierung sich in dieser Frage verfliegen hat.

Das Nichterscheinen zur Arbeit ohne hinreichenden Grund nahm solche Dimensionen an, daß der Rat der Volkskommissare im Mai dieses Jahres beschlossen hat: Für Nichterscheinen zur Arbeit werden außer der Zurückbehaltung des Lohnes Abzüge von der Geld- und Naturalprämie nach der folgenden Berechnung gemacht: für einen

Tag werden im Laufe eines Monats 15 Prozent der Monatsprämie abgezogen; für den zweiten Tag 35 Prozent, für den dritten 60 Prozent. Unabhängig davon führt das Nichterscheinen zu der Verpflichtung, die verfallene Zeit in Überstunden und an Feiertagen nachzuholen, wobei Arbeiter und Beamte auch außerhalb ihrer Spezialität hinzugezogen werden können. Diese Arbeiten werden nach dem Tarif nicht als Überstunden und ohne Prämienzuschlag bezahlt. Ein Fehlen von mehr als drei Tagen im Monat hat die Übergabe an ein Disziplinargericht wegen Sabotage zur Folge, das statt besserer Ernährung die nötige Kraft zur Arbeit verschaffen soll!

In bezug auf die Naturalprämien wurde am 24. Mai folgendes Prämienregulierungssystem aufgestellt: Die Norm der Produktionsfähigkeit wird zur Hälfte der Vorkriegszeit festgesetzt; das Maximum der Naturalprämien wird auf drei Scheine beschränkt; für eine Nichterfüllung der Norm wird ein verkleinerter Schein eingeführt, und damit erhält der Arbeiter weniger Nahrung. Das nennt man „Arbeitsdisziplin“ und „Diktatur der Arbeiter über die Kapitalisten“.

Das Streikrecht ist, gelinde gesagt, sehr eingeschränkt. Jeder ökonomische oder politische Streik ist gegenverbotlich. Und mit dem „empörrten Sklaven“ verfährt man terroristisch, um die anderen zu warnen. Mitte des vorigen Jahres war ich Zeuge, wie die streikenden Arbeiter der Nikolai-Wahn, welche Brot verlangten, von Abteilungen der Petersburger Außerordentlichen Kommission und von Chinesen umzingelt und aus Gewehren und Maschinengewehren beschossen wurden. Diejenigen, welche sich den Vertretern der Arbeiterregierung ergeben hatten, mußten selber die Leichen ihrer Genossen fortschaffen. Die Sowjet-Regierung verheißt ihre Abneigung gegen Streiks durchaus nicht. Die Petersburger „Pravda“ teilte mit, Ende Mai seien die Arbeiter der zweiten Staatsdruckerei in Moskau in den Streik eingetreten, weil sie mit einem Dekret über die Intensivierung der Druckarbeit unzufrieden waren. Die Regierung ergriß sofort die nötigen Maßnahmen. Die Druckerei wurde auf einen Monat geschlossen, die unzufriedenen Arbeiter in ein Konzentrationslager gebracht und zu Zwangsarbeit verurteilt. Man muß sagen, die Arbeiterregierung wendet recht eigenartige Methoden an, um das russische Volk, den russischen Arbeiter zu „erziehen“. Ich muß hinzufügen, daß die Fabrikkomitees, welche bisher als Behörden in den Fabriken und Werken bestanden, sich meist aus faktisch erkannten Kommunisten zusammensetzten, welche sich von den Arbeitermassen losgerissen hatten und zu eingefleischten Bürokraten geworden waren; sie verfolgten meist ihr eigenes Interesse, sie bildeten eine „Aktiengesellschaft“ zum Ausrauben der vorhandenen Rohprodukte und Waren. Diese Leute halfen der Regierung bei der Durchführung dieses typischen „Breathing System“. Kein Wunder, daß die Arbeiter die Fabriken verlassen und aufs Land gingen.

Auf dem neunten Kongress der russischen Kommunistenarbeit im März dieses Jahres gab Trotski, der Schöpfer der russischen militarisierten Industrie, folgende beachtenswerte Information: „In den wichtigsten Zweigen der Industrie werden 1.100.000 Arbeiter gezählt; an der Arbeit sind aber nur 850.000 Mann.“

Auf die Frage, wo die 300.000 geblieben sind, gibt das Organ des Obersten Wirtschaftsrates „Ekonomscheskaja Schiza“ am 29. Mai Auskunft: „Die Masse der qualifizierten Arbeiter ist zerfallen; der Abgang erfolgte hauptsächlich in drei Richtungen: Übergang zum Handwerk, Abkehr in die brotzerzeugenden Gebiete, endlich Übergang zur Spekulation.“ Diese Erscheinung, welche einen fraglosen Rückschritt des Wirtschaftslebens anzeigt, erklärt sich zum größten Teil aus den unzulässigen Arbeitsbedingungen, aus dem furchtbaren Regime, das heute in Rußland eingeführt und von uns beschrieben wurde.“

So sieht die geprüfene Freiheit in Rußland aus. So manchem Arbeiter wird vorgegaukelt, daß es in Deutschland erst besser würde, wenn wir die „glorreiche Väterregierung“ einführen. Wenn das geschehe, würden noch viel traurigere Verhältnisse kommen. Deutschland kann nur wieder hochkommen, wenn alle einträchtig zusammenarbeiten und wenn jeder Stand das Neueste aus sich heraus gibt.

Streik und Aussperrungen

in den Jahren 1917—1919.

Das russische Reichsamt veröffentlicht die sehr umfangreichen Ergebnisse der Erhebungen über Streiks und Aussperrungen in den Jahren 1917, 1918 und 1919, die nach vielen Richtungen hin äußerst interessantes Material enthalten. Dabei fällt zunächst auf, daß die Arbeitskämpfe sich im Jahre 1917 unter dem Zeichen des Bürgerkriegs in mäßigen Grenzen gehalten haben, im Jahre 1918 dagegen schon eine beträchtliche Zunahme aufweisen, um 1919 eine noch nie beobachtete Höhe zu erreichen. Die Zahl der Arbeitskämpfe im Jahre 1919 übertrifft das besonders streikreiche Jahr 1906 um nicht weniger als 48,3 Prozent. Am meisten betroffen waren im Jahre 1919 die Gewerbegruppen: Bergbau, Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, Baugewerbe und Verkehrsgewerbe.

In diesen Industriegruppen gingen infolge der Arbeitskämpfe an Arbeitstagen verloren:

1917	0,9 Millionen Arbeitstage
1918	4,9 Millionen Arbeitstage
1919	43,6 Millionen Arbeitstage

Nicht bezeichnend ist, daß allein der Anteil des Stadtkreises Berlin an diesen Verlusten betrug:

1917 0,566 Mill. Arbeitstage = 30 Proz. des ganzen Reiches, 1918 2,139 Mill. Arbeitstage = 41 Prozent des ganzen Reiches, 1919 24,288 Mill. Arbeitstage = 50,5 Prozent des ganzen Reiches.

Vor den Streikenden waren beteiligt an:

	Angriffstreik	Abwehrstreiks
1917	48,2 Proz.	41,8 Proz.
1918	97,4 Proz.	2,6 Proz.
1919	98,7 Proz.	1,3 Proz.

Diese Zahlen zeigen von einer bemerkenswerten Zunahme der wirtschaftlichen und sozialen Macht der Arbeiterchaft, was sich auch in folgenden Zahlen wieder spiegelt: Es endeten mit

	vollem Erfolg	teilweisen Erfolg	keinem Erfolg
1917	1,2 Proz.	45,4 Proz.	53,4 Proz.
1918	11,9 Proz.	63,0 Proz.	25,1 Proz.
1919	13,9 Proz.	68,6 Proz.	17,5 Proz.

Ein ähnliches Resultat ergibt sich, wenn man die Zahl der aus wirtschaftlichen Gründen Streikenden mit der Zahl der Ausgesperrten vergleicht:

	Streikende	Ausgesperrte
1909	80,9 Proz.	19,1 Proz.
1914	61,7 Proz.	38,3 Proz.
1915	90,5 Proz.	9,5 Proz.
1916	100,0 Proz.	0,0 Proz.
1917	99,9 Proz.	0,1 Proz.
1918	100,0 Proz.	0,0 Proz.
1919	98,3 Proz.	1,7 Proz.

Die politischen Streiks gewerblicher Arbeiter machten sich schon im letzten Kriegsjahr stark bemerkbar, was der amtlichen Statistik die Veranlassung gab, sie zum erstenmale getrennt von den wirtschaftlichen Bewegungen zu veröffentlichen.

Der Verlust an Arbeitstagen betrug infolge politischer Streiks:

1918	3,8 Millionen Tage
1919	12,9 Millionen Tage

Auch hier weist der Stadtkreis Berlin sowohl 1918 als auch 1919 mehr als die Hälfte aller politisch streikenden Preußens und des Reiches auf.

Man würde zu falschen Schlussfolgerungen kommen, wenn man bei diesen ungeheuren Verlustrechnungen nicht in Betracht ziehen würde, daß ein großer Teil der Streiks, und dazu gehören zunächst wohl so ziemlich alle politischen, als wilde Streiks, die von den Gewerkschaften nicht genehmigt waren, zu bezeichnen sind. Es ist an sich erklärlich, daß die Gewerkschaften die große Masse der in diesen Jahren ihnen neu Zukommenden nicht ohne weiteres mit dem Geist gewerkschaftlicher Disziplin erfüllen konnten, welcher die alten Gewerkschaftler stets besaß. Die Schuld an den dadurch verursachten Zuständen und den ungeheuren Verlusten der Volkswirtschaft ist daher nicht den Gewerkschaften, sondern zunächst der Verhöhnung der Massen durch die radikalen Elemente zuzuschreiben, nicht zum mindesten aber auch der gewerkschaftsfeindlichen Erziehung breiter Arbeiterkreise durch die von den Arbeitgebern nach französischem Muster gezüchteten gelben Berksvereine, die neuerdings als „Nationale, wirtschaftsfeindliche“ Gewerkschaften wieder von sich reden machen. Dann haben zweifelsohne auch manche Sünden der Kriegszeit nachgewirkt.

Wenn das Organ der Rechtsunabhängigen, die Berliner „Freiheit“ fast bedauernd meint, daß infolge politischer Streiks „nur“ 12,9 Millionen Arbeitstage im Jahre 1919 verloren gegangen sind, zeugt das allerdings auch wieder von der grenzenlosen Verantwortungslosigkeit, welche die heutigen Linkssozialisten „ziert“. Auf einen solchen „wurstigen“ Standpunkt können sich die christlichen Gewerkschaften nicht stellen. Sie sehen in den verlorenen Arbeitstagen die ungeheuren Verluste für die Volkswirtschaft und das Gesamtwohl der Allgemeinheit, doppelt fühlbar in einer Zeit wirtschaftlichen Niedergangs und allgemeiner Warennot, wie wir sie nach dem Kriege durchleben. In einer solchen Zeit muß, mehr noch, als in normalen Zeiten, der Streik das ultima ratio, das letzte Mittel sein, zu dem nur im äußersten Falle gegriffen werden darf, wenn alle anderen Möglichkeiten erschöpft sind.

In diesem Zusammenhang sei nochmals auf den § 3 Absatz c unserer Verbandsstatuten hingewiesen, der als eine der Aufgaben unseres Verbandes bezeichnet:

„Verbeiführung günstiger Arbeits- und Lohnverhältnisse unter möglicher Wahrung eines friedlichen Ausgleichs zwischen Arbeitern und Arbeitgebern.“

Wenn unsere Kollegen sich diese Bestimmung unseres Statuts immer wieder vor Augen halten und danach handeln, wird es auf die Dauer möglich sein, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse so günstig wie möglich zu gestalten ohne die Volkswirtschaft schweren Erschütterungen aussetzen, die doch in ihrer Auswirkung die Arbeiterchaft selber schwerer schädigen, als irgend eine andere Bevölkerungs-kategorie.

Nur zwei Fragen

Unser radikaler Bruder in Stuttgart sucht in Nr. 48 der sozialdemokratischen „Metallarbeiterzeitung“ gegen unsere beiden Artikel „Sie redet auch einmal wieder“ und „Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, der Feind der Religion“ Abwehrgeschütze in Stellung zu bringen. Wenn sich der neue rote Regierchef der freudigen Auffassung hingab, damit uns zu schlagen, so müssen wir ihm — für ihn freilich bitterlich — mitteilen, daß seine Abwehrmassnahmen derartig alten Kalibers sind, daß sie nicht schaden. Wir verstehen es wirklich gut, wenn man sich in Stuttgart hinsetzt und die Spalten und vielleicht auch noch die Seiten zählt, die mit unseren scharfen Angriffen gegen den roten Metallarbeiterverband ausgefüllt waren. Dagegen hilft ja letzten Endes die bekannte sozialdemokratische Phrasenliste nichts, aber man griff hinein, weil man sich wohlweislich scheute, mit „Tatsachen“ zu dienen. Es ist ja auch nicht angenehm, wenn einem so die Maske vom Gesicht gezogen wird und die Religionsfeindlichkeit offen zu Tage tritt und zum zweiten auch nicht, wenn man sich sagen lassen muß, daß linksradikale U. S.-Hauptlinge wie Hoffmann, die ja immerhin noch Beziehungen zum sozialdemokratischen Metallarbeiterverband haben, der Arbeiterchaft und auch der Schwerstarbeiterschaft nicht nur den Achtstundentag nehmen, sondern ihnen wieder 10 und 12 Stunden aufbremsen wollen — natürlich aber erst im sozialdemokratischen Zukunftsstaat. Unser roter Bruder in Stuttgart beeilt sich selbstverständlich, dieser Ansicht recht zu geben, indem er freudestrahlend in seinem Artikel hinzufügt: „Über natürlich!“ Die Arbeiterchaft wird sich das merken müssen!

Und warum hat der Arbeiter nach der Metallarbeiterzeitung die hohe Ehre „in der Gesellschaft des Sozialismus“ länger zu arbeiten, also statt 8 wieder 10 oder 12 Stunden vor dem Ofen zu stehen? In dieser wunderbaren Gesellschaft des Sozialismus soll es nämlich „keine Schmarozker, Ausbeuter und Unterdrücker“ mehr geben, alle sollen arbeiten! (Siehe übrigens Rußland-Einwohner, Nabel, Mytoiv usw. usw.) Durchaus einverstanden; ist stets unsere Forderung gewesen. Wir können keine Faulenzer gebrauchen. Aber deshalb sollte doch wenigstens der Schwerstarbeiterschaft der Achtstundentag erhalten bleiben. Aber selbst dazu will man sich anscheinend im roten Zukunftsstaat nicht verstehen.

Unseres Wissens nach hat sich der christliche Metallarbeiterverband ernstliche Gedanken darüber gemacht in Konferenzen, Artikeln, Broschüren, was geschehen müsse; um der Metallarbeiterchaft z. B. den Achtstundentag zu erhalten, wie die Wirtschaft rationaler betrieben werden könne, welche Forderungen dieserhalb an Industrie und Wirtschaft zu stellen wären usw. Der christliche Metallarbeiterverband hat jede Gelegenheit ergriffen, um nach der Seite hin mitzuarbeiten, in Arbeitsgemeinschaften, im Eisenwirtschaftsbund usw., während es für die Herren vom soziald. Metallarbeiterverband anscheinend wichtiger war, noch erst in radikalen Phrasen zu machen — also nichts zu tun —, kräftig auf den Eisenwirtschaftsbund, wo wirklich der Arbeiter das Mitbestimmungsrecht hat neben Unternehmertum und Handel, loszuschimpfen und sich dann doch so hinterher hereinzulabieren, nachdem man freilich vor den radikalen Mitgliedern erst tausend Schelte abgelegt hatte, daß der Eisenwirtschaftsbund keine Arbeitsgemeinschaft sei, die er ja doch in Wirklichkeit ist.

Solche Seitwärtzerrückschritte sind im Märzkreis in Stuttgart keine Seltenheit; es ergreift einen da unwillkürlich das gleiche Gefühl, als wenn man im Variete die bekannten „Schlangenmenschen ohne Nüdgut“ sieht.

Die oberste geistige Spitze in Stuttgart sucht vergebens in unseren Artikeln auch nur einen Gedanken, der wert wäre, daß sie sich mit ihm beschäftigte.

Wir wollen der Metallarbeiterzeitung nochmals nur ein paar Gedanken aus den Artikeln vorsehen. Da man aber in Stuttgart anscheinend infolge radikaler Streiks ohne Licht zu arbeiten scheint und der gewöhnliche Druck deshalb schädlich für die Augen sein könnte, wollen wir hilfsbereit den Herren „Kennern der christlichen Gewerkschaftsbewegung“ folgende Fragen in Fettdruck vorsehen, um deren gefl. Beantwortung wir in einer der nächsten Nr. erjuchen:

1. Warum ist der soziald. Metallarbeiterverband erst im Jahre 1907 in einer öffentlichen Aktion für den Achtstundentag der Generalstreiter usw. eingetreten, während es der kleinere und jüngere christliche Metallarbeiterverband schon im Jahre 1904 tat?

2. Warum läßt der soziald. Metallarbeiterverband auf das gehässigste die christliche Religion, Priester und Kirche in seinem Verbandsorgan beschimpfen, während er sich doch immer den Anschein gibt, als sei er eine vollständig religiös-neutrale Organisation?

Diese zwei Fragen mögen uns diese Herren Schriftgelehrten von roten Metallarbeiterverband klar und präzise beantworten. Wir wären ihnen sehr dafür verbunden. Diese zwei Fragen mögen aber auch unsere Kollegen in den Werkstätten den Mitgliedern vom roten Metallarbeiterverband zur Beantwortung vorlegen und versuchen, die Frageführten wieder auf den rechten Weg zurückzubringen.

Streiflichter

Hermann Röster 7.

Der Ehrenvorsitzende und frühere langjährige 1. Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter ist am 12. November in Effen gestorben. Mit ihm ist einer der tiefsten, bestechendsten und opferfreudigsten christlichen Gewerkschaftsführer dahingegangen.

H. Röster war keine Kämpfervatur wie mancher andere. Er hat im Gewerkschaftsverein stets das versöhnende, vermittelnde Element dargestellt, und sowohl im Gewerkschaftsverein selbst als auch in der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung Großes und Segensreiches in diesem Sinne geschaffen.

Aus der Wirtschaft

Die Regelung der Schrott- und Gussbruch-Wirtschaft. Wilhelm Maier.

Die veritabelste von Erzeugern, Handels- und Verbraucher-Vernehmern und Arbeitnehmern zusammengesetzten Arbeitsausschüsse des Eisenwirtschaftsbundes für Eisen- und Stahl-Schrott aller Art, sowie für Gussbruch und Späne, haben sich wiederholt mit der Regelung dieser schwierigen Wirtschaft beschäftigt.

Die Ausschüsse beschäftigten sich zunächst am 6. Mai d. J. mit der Regelung der Schrott- und Gussbruch-Wirtschaft. Die Einleitung der Verhandlungen wurde durch die Festlegung der Provisionsen und Zuschläge für Klein- und Großhändler, sowie die Regelung der Preisfragen, ob die Höchstpreise frei Verbrauchswert oder ab Verkaufswert über auf sonstige Preisermäßigungen gelten oder aufgehoben werden sollen.

Inzwischen bräunten die Verhältnisse zu einer Klärung. Am 16. November d. J. nahmen die beiden Vorkommnisse im Stahlwerk zu Düsseldorf zunächst gesondert und später gemeinsam wieder Stellung zu der Regelung von Höchstpreisen, sowie zur Regelung der Schrott- und Gussbruchwirtschaft.

Zwei Hauptgründe drängten dazu. So die Preisverhältnisse, sowie das Zusammen mit Schrott und endlich der allgemein in Ansehung des Eisenpreises. Im Frieden kostete die Tonne Schrott 50 Mark. Der höchste Höchstpreis im Kriege war 143 Mark; wenn auch in Wirklichkeit 200-250 Mark dafür gezahlt wurden.

Während die Verordnung zur Regelung der Eisenwirtschaft vom 1. März 1920 dem Eisenwirtschaftsbund die selbständige Preisbildung für die fertigen Eisenarten überlassen hat, ist dieses bei den entsprechenden Gütern nicht der Fall. Hier bestimmt der Reichswirtschaftsausschuss die Preise.

Wenn der Plan zur Verwirklichung gekommen ist, so können auch andere Mitglieder im Bande dranhin mit beobachtet werden, daß ihre Werte bei der Verteilung nicht zu kurz kommen, namentlich mit diesen Gütern gesättigt wird und daß die Preise imangehalten werden.

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 28. November, der 40. Wochenbeitrag fällig, für die Zeit vom 28. November bis 4. Dezember.

Die Ortsvereine und Zellen werden gebeten, bei Markenbestellungen schon jetzt in Betracht zu ziehen, daß ab 1. Januar neue Marken in anderer Farbe herausgegeben werden und die jetzigen Marken dann nicht mehr verwendet werden dürfen.

Im Echo-Verlag, Duisburg, der vor kurzem den mit großem Interesse aufgenommenen Kommentar zum Siebungsgesetz unseres Kollegen, Verbandssekretärs Hirscher, herausgebracht, wird Mitte Januar der erste Band des Werkes „Der Kampf um die soziale Idee“ (Mitarbeiter vom Schriftleiter Kollegen Georg Meier erschienen.

Verbandsgebiet

Mitglied-Übernahme-Strecke. Für unseren Verbandsgesetz sind Mitglied in Oberhausen die vierstelligen Delegierten-Vermittlung hat die sehr stark besucht war. Bei Besichtigung der Verhältnisse wurde festgehalten, daß der dringend notwendige Preisabbau nicht einzuwirken sei.

Branchenbewegung

Zusammenarbeit und Berufsverbände.

Der „Bergknapp“ stellt beim Durchblättern des Kruppischen Tarifvertrages eine besondere Entdeckung gemacht zu haben. Welt nämlich in diesem für den größten Teil der Kruppischen Arbeiter geltenden Tarif, auch die Lohnregelung für die Zehner-Verfahren.

Man braucht die lächerlichen Behauptungen und das Durcheinander in der Nr. 44 des „Bergknapp“ nicht erst und tragisch zu finden, da die Ausführungen nicht viel Sachkenntnis verraten.

Hier behauptet er: „Die Metallarbeiterverbände wollen in ihrer Industrie und für die verschiedenen Gewerbe und Verhältnisse nur einen Verband.“ So etwas verlangt nicht einmal der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, auf den sich der „Bergknapp“ dabei bezieht.

Weiter schreibt der „Bergknapp“: „Der von den Metallarbeitervereinen mit der Firma Krupp in Effen am 7. Mai abgeschlossene Tarif zeigt ebenfalls, wie die verschiedenenartigen Verhältnisse“ in einem einzigen Tarif von diesen „Krupp-Banden“ geregelt werden und damit glaubt er, ohne Kenntnis der Verhältnisse, mit einem solchen Soltomortale für seinen Standpunkt den Beweis erbracht zu haben, daß die Zusammenarbeit in den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter, die richtige Berufsorganisation für die christlichen Bergarbeiter sind.

Dann sollte der „Bergknapp“ wenigstens insofern das Betriebsratsgesetz kennen, wonach der Betriebsrat darauf bringen soll, die Verhältnisse aller Arbeiter des Betriebes tariflich zu regeln.

daß auch der eigenartige § 64 des Betriebsratsgesetzes nach dieser Richtung drängt. Dann beruft sich der „Bergknapp“, das Organ des christlichen Bergarbeiterverbandes, auf eine der letzten Nummern der sozialistischen „Metallarbeiterzeitung“ und zitiert daraus eine Stelle, in der die „Erhöhung der Schlagkraft der proletarischen Heere“ gegen „unzeitgemäße Berufsverbänden“ polemisiert wird, was entsprechend der politischen Umstellung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes auf seinem letzten Verbandstag, wie konsequent ist, aber von weiten Kreisen der Funktionäre und Mitarbeiter des Verbandes durchaus nicht geteilt wird.

Der christliche Metallarbeiterverband steht nach wie vor auf dem Boden der Berufsorganisationen und hat mit dem von politischen Grundgedanken diktierten Standpunkt des Deutschen Metallarbeiterverbandes nichts gemein. (Denselben Standpunkt wie der Christliche Metallarbeiterverband vertritt auch der Christ-Deutsche Gewerksverein der Metallarbeiter.)

Annahmestellen

Barmer. Am 7. Sept. wurde nach vorheriger Verständigung der einzelnen Am 7. September wurde nach vorheriger Verständigung der einzelnen Organisationen die Klärung des Annahmestellenvertrages dem Annahmestellenrat übergeben, gleichzeitig die Abänderungsvorschläge. Zwei der Annahmestellen sind, die eine im Sommer mit denen der allgemeinen Metallindustrie und dem Eisenerzhandwerk gleichzustellen.

Am 8. Oktober fand eine gemeinsame Protokollversammlung in Unter-Effen statt. Es gelang dort nur mit größter Mühe, die Arbeitsniederlegung zu verhindern. Es wurde beschlossen, an die Obermeister der beiden Abänderungen in Barmer und Effen ein verbindliches Schreiben zu richten und gleichzeitig dem Reichskommissar in Dortmund schriftlich sowohl mündlich und schriftlich in der Angelegenheit zu ersuchen.

Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig. Die Handwerker, an ihrer Spitze ihr Syndikat, verstanden mit allen möglichen Mitteln, den Arbeitern klarzumachen, daß die Not des Handwerks mindestens so groß sei, als die der Arbeiter. Nachdem zuvor Tagessitzungen vom 10. und 20. Sonntag pro Stunde gemacht worden waren, kam es nach mehrstündiger Verhandlung zu einem, wenn auch nicht befriedigenden Ergebnis.

Geldbeingänge bei der Hauptkasse im Monat Oktober.

- Belbert 20.000, Meilen 237.90, Wöhrenbach 965, Stolberg 7000, Mühlheim 40.000, Durlach 261.79, Borsheim 8000, Kaif, Hennerbach 49.90, Schweidnitz 85.85, Donauerschingen 156, Wilhelmshoven 1805.54, Rulpa 4500, Hagen 4000, Brannenburg 161.65, Hilsbergheim 2000, Troisdorf 8000, Berlin 5000, Mannheim 5000, Halberstadt 158.60, Stettin 1168.06, Magdeburg 2000, Alenburg 1047.65, Biegenfels 205.10, Mitteltira 1652, Olak 238.50, Heiligenstadt 352.95, Leipzig 1000, Offenbach 582.20, Mühlhagen 521.95, Bremerbach 401.55, Sebelshardt 152.20, Breslau 1000, Neuland 587.52, Groß-Niede 484.85, Fürstentum 379.45, Gölitz 488.20, Wiberbach 924.65, Schönaich 1882.40, Effenach 239.90, Königberg 1120.20, Duderstadt 1208.20, Troisdorf 8000, Opladen 15.000, Erfurt 672.57, Offenbach 200.00, Trier 2000, Bielefeld 1500, Worms 997.85, Hagen 6307.02, Remscheid 15.000, Münster 12.999.77, Köln 17.000, Wesen 33.000, Wöllingen 19.939.20, Schönwald 1526.10, Thale 1570.15, Riel 1539.42, Sigen 5158.47, Witten 10.964.48, Witten 11.354.70, Gelsenkirchen 54.991.35, Weick 1552.50, Trier 1000, Schneidemühl 93, Bielefeld 650, Wilschheim 530, Neuwied 8000, Siegen 35.000, Schwelmer 5867.17, Neiz-Neuland 349.05, W.-Glabach 12.000, Stolberg 13.086.06, Bonn 10.000, Augsburg 15.479.04, Lübeck 418.85, Köpft 1500, Pippinab. 16.705.59, Deutsch-Krone 830, Sonthofen 383.50, Ulm 19.944.25, Witten 5000, Hagen 70.283.60, Sdrumberg 5609.66, Sdrumberg 2360.80, Barmer 6696.53, Dortmund 13.638.07, Derschuld 7000, Greif 96.000, Danzig 9872.57, Duisburg 41.054.65, Effen 60.000, Effen 2107.22, Sörbe 33.162.12, Duisburg 10.000, Greif 6.11.

